

Interpellation Die Mitte-EVP-Fraktion:**«Mobilitätslösung Stadt St.Gallen – die Stadt ist jetzt in der Verantwortung**

Mit dem Nein der Schweizer Bevölkerung zum Bundesbeschluss über den Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen ist die dritte Röhre unter der Stadt St.Gallen vorerst kein Thema mehr. Mit dem Nein der Stadtbevölkerung dürfte sie in der Prioritätsliste des Bundes mit grosser Sicherheit gestrichen sein, auf jeden Fall ist der letzte Platz darauf gesichert. Dies obwohl von Mitgliedern der Stadtregierung die Aussage zu hören war, die dritte Röhre könne auch bei einem Nein zum Ausbauschritt 2023 kommen. Mit Sicherheit eine Fehleinschätzung.

Doch nun wie weiter mit dem Nadelöhr St.Gallen? Im Grossraum Ostschweiz lässt sich die Stadt in der Ost-West-Verbindung, und auch umgekehrt, in einem gewissen Rahmen umfahren. Regional aber nur schwer. Für uns steht mit dem Nein der Stadt auch die Stadt in der Verantwortung, ihrer Bevölkerung die Lösung dieses Problems ohne den Bau der dritten Röhre gerade bei der notwendigen Sanierung der beiden bestehenden Röhren in den 2030er-Jahren aufzuzeigen. Dies mit Bestimmtheit auch aus dem Grund, weil die Bevölkerung des Kantons dem Ausbauschritt 2023 und damit auch der dritten Röhre zugestimmt hat.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist die Stadtregierung mit dem Kanton im Kontakt zur Mobilitätslösung rund um die Stadt St.Gallen?
2. Hat die Stadt dem Kanton je einmal ein Mobilitätskonzept Stadt St.Gallen vorgelegt?
3. Ist die Regierung bereit, trotz der Ablehnung des Ausbauschritts für die Nationalstrassen (bei gleichzeitigem Ja des Kantons St.Gallen) den Kontakt zum UVEK zu suchen, die Dringlichkeit des Projekts «Ergänzung Rosenbergstunnel und Zubringertunnel Güterbahnhof» hervorzuheben und gegebenenfalls alternative Wege zu finden, um die Umsetzung voranzutreiben?»

2. Dezember 2024

Die Mitte-EVP-Fraktion